

## **90. Plenarsitzung am 11. November 2020**

### **Drs. 18/7816: Kunst und Kultur sind kein Sahnehäubchen - Kulturfördergesetz jetzt!**

### **Drs. 18/7831: Nachhaltige Hilfen für die Kultur- und Kreativbranche**

#### **Rede des Landtagsabgeordneten Burkhard Jasper:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Corona-Pandemie ist eine Herausforderung für alle Gesellschaften weltweit. Die Auswirkungen betreffen jeden und ziehen sich durch alle Lebensbereiche wie Gesundheit, Wirtschaft, Bildung und Kultur.

Die Sorgen um den Bestand der kulturellen Einrichtungen und die dortigen Arbeitsplätze verstärken sich. Manche sind verzweifelt. Ich habe viele Nachrichten von Soloselbständigen und Beschäftigten erhalten. Trotz großer Kreativität sind die Probleme kaum lösbar.

Anträge für Hilfsprogramme sind nicht so einfach zu stellen, wie Fachleute das meinen. Maßnahmen erreichen manche Betroffene wegen der Vielfalt der Kultur nicht. Das zweite Herunterfahren der Aktivitäten verursacht Hilflosigkeit, Ohnmacht und Angst. Jetzt ist es wichtig, die Lasten der Krise gerecht zu verteilen.

Ich meine auch, dass die Kultur wichtiger sein sollte, als sich mit anderen zu unterhalten.

Es darf nicht der Eindruck entstehen, dass Kultur in dieser Zeit nur eine Nebenrolle spiele. Vielmehr kann Kultur dazu beitragen, den Menschen Zuversicht zu geben, den Zusammenhalt zu verbessern, populistische, die Gesellschaft spaltende Bewegungen zu schwächen und die Demokratie zu stärken.

In der Kultur- und Kreativbranche arbeiten in Deutschland über 570 000 abhängig Beschäftigte und über 300 000 als Soloselbständige. Durch ihre Aktivitäten fördern sie den Tourismus, und sie sind ein bedeutender Standortfaktor für die Wirtschaft.

Nun liegt uns ein Antrag zur Entwicklung eines Kulturfördergesetzes vor. Ich möchte auf einzelne Punkte eingehen:

Die erste Forderung lässt sich aus der Verfassung ableiten. Leitlinien sind in den Zielvereinbarungen mit den Kulturträgern entwickelt worden. Bei den Haushaltsberatungen wird in jedem Jahr deutlich, dass es sich bei der Kulturpolitik um ein gemeinsames Anliegen von Landtag und Landesregierung handelt. An der Vereinfachung der Richtlinien wird schon gearbeitet. Die Evaluation der Programme und die Überprüfung auf ihre Wirksamkeit sind sicherlich sinnvoll und werden gemacht.

Wir sollten bei den Ausschussberatungen genau überlegen, ob solch ein Gesetz die Kultur in Niedersachsen nach vorne bringen kann. Dabei können wir die Erfahrungen aus anderen Bundesländern berücksichtigen. Ich meine, dass ein Gesetz, das die gesamte Kultur umfasst, besser ist als eine Aufspaltung in verschiedene Bereiche. Ob ein Fördergesetz der richtige Weg ist, um Kultur zu stärken, wird jedoch sehr unterschiedlich beurteilt.

Die gestern eingebrachten Anträge zu den Bibliotheken, Freilichtmuseen, Zoos und Tierparks regen uns an, die Verordnungen kritisch zu überprüfen. Aus meiner Sicht sollten dabei alle Museen einbezogen werden. Der Antrag von CDU und SPD fordert deshalb, dass sich die Landesregierung für eine Rückkehrperspektive einsetzen soll. Änderungen müssen aber die aktuellen Infizierten-Zahlen

berücksichtigen. Eine Öffnung darf in dieser Situation nur erlaubt werden, wenn Abstände eingehalten, Masken in entsprechenden Situationen getragen und Hygienevorschriften befolgt werden.

Vor allem bezieht sich der Antrag von CDU und SPD auf die konkreten Hilfsprogramme. Durch das Corona-Sonderprogramm für gemeinnützige Kultureinrichtungen und Kulturvereine wurde ein Beitrag zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur in Niedersachsen geleistet. Der Landtag hat Mittel zur Kofinanzierung des Bundesprogramms „Neustart Kultur“ zur Verfügung gestellt. 10 Millionen Euro umfasst die Förderrichtlinie „Niedersachsen dreht auf“. Diese Maßnahmen sollen nun ergänzt werden.

Digitale Veranstaltungsformate sollen gefördert werden. Mittel für Projekte sollen zum jetzigen Zeitpunkt nicht zurückgezahlt werden. Programme sollen so angepasst werden, dass davon unter bestimmten Bedingungen auch kommerzielle Angebote in der Club-, Kneipen- und Festivalzene profitieren können. Unterstützungsmöglichkeiten für kommunale Kultureinrichtungen sollen geprüft werden. Das Bundesprogramm „Neustart Kultur“ soll einfacher, übersichtlicher und bürokratieärmer werden.

Durch die außerordentliche Wirtschaftshilfe sollen Soloselbständige entgangene Umsätze geltend machen können. Hier gibt es gute Ansätze auf Bundesebene, die wir unterstützen wollen. Ziel muss es sein, dass diese Hilfen überall bei den Soloselbständigen in der Kultur und in den kulturnahen Bereichen ankommen, und dass das Verfahren einfach und gerecht gestaltet wird.

Es handelt sich somit um ein Bündel von Maßnahmen. Mit diesem Antrag wird die Bedeutung der Kultur unterstrichen und das klare Signal ausgesandt, dass der Landtag die Vielfalt der Kultur in Niedersachsen erhalten und auch in Zukunft fördern will. Der Kultur soll in dieser schwierigen Zeit eine Perspektive gegeben werden.

Danke.